

## „NEUE“-CHEFREDAKTEUR

## Mangard folgt auf Moser nach

BREGENZ. Der 40-jährige Joachim Mangard (Bild) folgt Moritz Moser als Chefredakteur der *Neuen Vorarlberger Tageszeitung* (Neue) nach. Der gebürtige Vorarlberger, der bereits seit 2009 beim Vorarlberger Verlagshaus Russmedia angestellt ist, übernimmt die inhaltliche Leitung der Tageszeitung per 2. April, wie die *Neue* am Dienstag bekannt gab. Mangard arbeitet seit 2021 als Chefreporter beim ebenfalls von Russmedia produzierten Portal „Vorarlberg Online“ (vol.at), davor war er im Haus stellvertretender Chefredakteur und Redaktionsleiter bei der Gratis-Sonntagszeitung *Wann & Wo*, die per Ende des Monats nach 47-jährigem Bestehen eingestellt wird.

## 22.484 verkaufte Auflage

Die 1972 gegründete *Neue Vorarlberger Tageszeitung* gehört seit 1990 zu Russmedia. Die Österreichische Auflagenkontrolle gab für die *Neue* im Jahr 2023 eine verkaufte Auflage von 6.336 Exemplaren an den Werktagen von Dienstag bis Samstag an, am Montag erscheint das Blatt nicht. Von der Sonntagsauflage wurden 22.484 Stück verkauft. Damit erreichte die Tageszeitung der aktuellsten Media-Analyse zufolge 34.000 Leser (Dienstag bis Samstag) bzw. 57.000 Leser (Sonntag). (red)



© APA/WH/Klaus Hartinger

## RTR-Personalia fixiert

Diese Woche wurde Klaus Steinmaurer für den Fachbereich Telekom in der RTR erneut zum Geschäftsführer bestellt.

WIEN. Bei der Rundfunk- und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR) sind die Weichen für die Zukunft gestellt worden. Finanzminister Magnus Brunner bestellte Klaus Steinmaurer erneut zum Geschäftsführer für den Fachbereich Telekom. Er übt diese Funktion bereits seit 1. Juli 2019 aus.

„Klaus Steinmaurer hat sich in den letzten fünf Jahren durch seine hohe Expertise im Fachbereich Telekommunikation und Post ausgezeichnet. Ich wünsche ihm weiterhin viel Erfolg für seine Tätigkeit und danke ihm für seinen Einsatz im Interesse einer erfolgreichen Regulierung des österreichischen Telekommunikationsmarktes. Die Vergabe der Frequenzen im 26 GHz-Bereich eröffnet besonders für urbane Gebiete und für unseren Industriestandort großes Potenzial“, so Finanzminister Magnus Brunner.

## Frequenzen vergeben

Klaus Steinmaurer wurde für den Zeitraum von 1. Juli 2024 bis 30. Juni 2029 wiederbestellt und meint dazu: „Ich bedanke mich für das in mich gesetzte Vertrauen und freue mich auf viele neue Herausforderungen. Auch in den kommenden fünf Jahren geht es darum, Öster-



© APA-Fotografie/Martin Hörmanninger

Klaus Steinmaurer will Österreichs Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken.

reichs Wettbewerbsfähigkeit durch hochwertige mobile und feste Breitband-Infrastruktur zu stärken und der österreichischen Bevölkerung einen leistbaren und fairen Zugang zum Netz zu gewährleisten.“

Zudem wurde auch die Frequenzauktion zur ersten 26 GHz-Vergabe und den Restfrequenzen bei 3,6 GHz erfolgreich beendet.

Die Telekom-Control-Kommission hat bei der dritten Auktion von 5G-Frequenzen ei-

nen Erlös von knapp 25 Mio. € erzielt. Davon entfielen sieben Frequenzblöcke auf den 26 Gigahertz (GHz), die 16,2 Mio. € einbrachten. Für die vergebenen sieben Frequenzpakete aus dem Bereich 3.600 Megahertz (MHz) zahlten die Mobilfunkanbieter rund 8,5 Mio. €.

Bei den 26-GHz-Frequenzen kamen A1 Telekom, T-Mobile und Hutchison (Drei) zum Zug. Bei den 3.600-MHz-Frequenzen waren es A1-Telekom und T-Mobile (Magenta). (red/mab)

## Causa Haushaltsabgabe

Peter Westenthaler kritisiert weiter den ORF.

WIEN. Der auf einem FPÖ-Ticket jüngst in den ORF-Stiftungsrat entsandte Peter Westenthaler (Bild) hält die mit 1. Jänner eingeführte Haushaltsabgabe in der geltenden Form für rechtswidrig. In einer am Dienstag dieser Woche einberufenen Pressekonzferenz legte er ein unter anderem vom ehemaligen BZÖ-Stiftungsrat Alexander Scheer gezeichnetes Anwaltsschreiben

vor und verlangte eine Sondersitzung des ORF-Gremiums.

Es gebe keinen gesetzeskonformen ORF-Beitrag, weil bei der Reform des Gesetzes das Prozedere zur Festlegung der Höhe nicht abgeändert worden sei bzw. der Stiftungsrat die Höhe nicht bestimmt habe. Monatlich 15,30 € seien nur als Obergrenze definiert worden, heißt es in dem Brief. (APA/red)



© APA/Roland Schläger